Leipziger Tageblatt und Handels-Zeitung

Abend-Ausgabe

Bezugspreis: für Leipzig und Vororte zweimal täglich ins Haus gebracht, Sonntags als Morgenausgabe monatl. M. 18.—, vierteljährl. M. 50.—; für Abholer monatl. M. 13.50, Morgen-Ausgabe allein M. 7.50 monatlich, Abend-Ausgabe allein M. 6.— monatlich. Durch unsere auswärtigen Filialen ins Haus gebracht monatlich M. 18.—, vierteljährlich M. 50.—; durch die Post innerhalb Deutschlands Gesamt-Ausgabe monatlich M. 7.50, vierteljährlich M. 22.50 (ausschließlich Postbestellgebühr). Auslandversand monatlich M. 18.— zuzüglich Porto. Einzelnummern: Morgen-Ausgabe 30 Pf. Abend-Ausgabe 30 Pf. Sonntags-Ausgabe 40 Pf.

Das Leipziger Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig, des Amtsgerichts Leipzig und der Sächsischen Staatsministerien Dresden sowie verschiedener anderer Behörden.

114. Jahrgang

Anzeigenpreis: für Gr.-Leipzig u. Umgeb. die einspalt. Nonpareillezeile M. 1.75, von auswärts M. 2.25; Anzeigen von Behörden im amtlichen Teil die Nonpareillezeile M. 3.50, v. auswärts M. 5.—; kleine Anzeigen die Nonpareillezeile M. 1.40, von auswärts Mk. 1.50, Geschäftsanzeigen mit Platzvorschriften im Preise erhöht. Platz- und Datenvorschrift ohne Verbindlichkeit. Beilagenpreise für die Gesamtauflage Mk. 12.— netto, für Teilauflage Mk. 15.— netto pro Mille. Postanstalten Postgebühr extra. Hauptgeschäftsstelle Nr. 14692, 14693, 14694. — Postscheckkonto 7361. Schriftleitung und Geschäftsstelle: Leipzig, Johannisgasse Nr. 8. Verlag Fr. Reinhold & Co., Leipzig.

Nr. 445 — Donnerstag, den 23. September — 1920

Erwerbslose

In Leipzig tagte ein Arbeitslosenkongreß. Wer den zumeist stürmischen Verhandlungen gefolgt ist, wird es nicht ohne Kopfschütteln getan haben. Waren dort nicht Menschen versammelt, die von der Wohltat geregelter Arbeit ausgeschaltet, ihrer mit aller Macht wieder teilhaftig werden wollten? Man mußte schon sehr genau hinhören, und nach dem Vernommenen den ganzen Irrgarten seelischer Zustände abwandeln, um die Sehnsucht nach der Arbeit zu entdecken. Der Grund lag darin, daß nicht um den Kern der Sache, wie man wieder zur Arbeit kommt, sondern hauptsächlich um die Hirngespinste kommunistischer Zukunftsträume geredet wurde. Dieser Arbeitslosenkongreß war eben gar nicht ein solcher, sondern nur ein Aushängeschild überradikaler Gruppen, die, dem Agitationsbedürfnis folgend, in den von der Not der Zeit erregten Gemütern Verwirrung anzustiften versuchten. Nun ist ein solcher Versuch an und für sich nicht verwunderlich, er entspricht einer alten Taktik. Ueberraschend ist nur, daß aus der Mitte der Versammlung, von denen, die den Einberufern auf den Leim gegangen waren, fast kein Widerspruch erfolgte, daß ihnen statt Brot die Steine der sich in Rußland als praktisch undurchführbar erwiesenen Theorie gereicht wurden. Oder war die Veranstaltung nur eine solche bezahlter kommunistischer Reklameleute, die die Sehnsucht der Arbeitslosen ebensowenig verstehen wie stillen wollen? Waren die wirklich Erwerbslosen an dem Kongreß nicht beteiligt? Jedenfalls ist es wenig zu verstehen, daß man den besoldeten Aufpeitschern, die die von der Arbeit bedauerlicherweise Ausgeschalteten als „Stoßtrupps der Revolution" gewinnen wollen, nicht die Meinung sagte. Die einfache Ueberlegung, daß eine fortdauernde Revolutionsspannung nur fortdauernde Arbeitslosigkeit erzeugen muß, sollte genügen, sämtlichen unruhigen Geistern das Handwerk zu legen.

Doch, was hier auf dem Arbeitslosenkongresse in Erscheinung trat, trägt das Zeichen unseres heutigen Lebens. Wir leiden unter dem Uebermaß an Politik, während uns — man muß das leider immer wiederholen — nur Arbeit not, tut. Es wird geredet und geredet, und im übrigen wartet man auf irgendeinen Unbekannten, auf die Regierung, auf den Sozialismus oder Kommunismus, die helfen sollen. Als wenn irgendein Mensch, oder ein System, oder Gott weiß was sonst, Wunder vollbringen könnte. Der Aberglaube hat noch nie so üppige Blüten getrieben wie jetzt. Vor aller Wortgläubigkeit wird die Tat des frischen Zugreifens vergessen. Das trifft nicht nur bei den Arbeitslosen zu, sondern auch bei den Fabrikanten, Bauern, Politikern und Staatsmännern. Statt gemeinsam kräftig zuzufassen, schauen sie alle nach dem Lande der Verheißung und bleiben gemeinsam in dem Sumpfe stecken. Ein Knäuel redender und gestikulierender Menschen.

Die Größe unseres wirtschaftlichen Elends ist nicht nur Schuld des Krieges, des Friedens und des Verhaltens unserer Feinde, das muß trotz Würdigung aller Umstände erkannt werden. Gewichtige Gründe liegen in unserer aus den Fugen geratenen wirtschaftlichen Gliederung. In unserem ausgemergelten Lande wird so wenig erzeugt, daß z. B. keine Verordnung und keine Kontrollmaßnahmen das Schieber- und Wuchertum beseitigen kann. Es herrscht, übrigens nicht nur bei uns, der merkwürdige Zustand, daß das Heer der Arbeitslosen ständig wächst, während die Summe der im Kriege zerstörten und aufgezehrten Güter so groß ist, daß die vorhandenen Menschen eigentlich nicht ausreichen müßten, diese durch Arbeit zu ersetzen. Der Schluß aus den Dingen ist, daß wir die Neugliederung unseres Wirtschaftslebens nicht stören dürfen und durch Steigerung der gesamten Arbeitsleistung die Werte erzeugen müssen, die uns Tauschmittel gegen fehlende sind, also die die Teuerung mildern und neue Arbeitsmöglichkeiten schaffen. Für Arbeitslose gibt es nichts Bösartigeres als die Lehre der Revolution, wie sie auf dem Kongreß hier vorgetragen wurde. Sie verteuert ihnen Nahrung und Kleidung, daß keine Erhöhung der Unterstützung das ausgleichen kann.

Nun werden die Arbeitslosen sagen: wir wollen arbeiten, aber die Wirtschaft stößt uns aus. Deshalb wollen wir an Stelle des „Kapitalismus" den „Sozialismus". Gut, hindert sie Kurzsichtigkeit und Zwang der Umstände verschiedener Faktoren an der Arbeit, es bleibt deshalb doch bestehen, daß Arbeit in Hülle und Fülle vorhanden ist. Was hindert sie, daß sie für ihren Teil an Stelle des „Kapitalismus", die Kraft des einzelnen, den „Sozialismus", die Kraft der organisierten Gesamtheit, setzen. Bedarf es zur Erfüllung einer Sehnsucht einer mehr zerstörenden als aufbauenden „Revolution"? Dem Sozialismus haben wir schon längst in den verschiedensten Formen, und es bedarf nur statt seelischer Erregungen der Ruhe, der Ueberlegung, um daraus den Mut der friedlichen Tat zu gewinnen. Schließen sie sich zu Berufsgruppen zusammen auf Grund wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Gleichheit (sie nennen das Kommunismus, wir Genossenschaft), zu eigener tätiger Arbeit, so können sie ein wichtiges Glied des ganzen Wirtschaftskörpers werden. Was keine Regierung und kein Gesetz ihnen geben kann, das schaffen sie sich aus der Kraft des eigenen Willens, wenn sie sich statt politischer Agitatoren wirtschaftliche Organisatoren halten. Die häusliche oder genossenschaftliche Werkstatt ersetzt die Fabrik. An Stelle der mechanischen tritt die wertvollere individuelle Qualitätsarbeit. Gemeinschaftlich ist der Einkauf, die Verteilung und der Verkauf. Der Staat kann die Garantie für die Beschaffung des Materials und des Werkzeugs übernehmen. Er wird das um so eher können, als er dann von der unproduktiven Erwerbslosenfürsorge befreit wird. Es gibt keine Berufsart, die nicht überreichlich Arbeit findet. Selbst eine Genossenschaft ungelernter Arbeiter würde mit Zentralstelle und Telephon ihre Mitglieder überall hinleiten können, wo jetzt die Kräfte fehlen, auf Stunden, Tage oder Wochen. Es kommt nur darauf an, unfruchtbare durch praktische Politik zu ersetzen und die scheinbar überflüssigen Kräfte nützlich zu beschäftigen.

Diese Genossenschaften der „tätigen Erwerbslosen" könnten zugleich eine andere wertvolle Aufgabe mit erfüllen: hinzuwirken auf den absolut notwendigen Preisabbau. Dieser weckt den Bedarf und hebt den arbeitschaffenden Umlauf. Eine Revolution nach kommunistischem Rezept hat, wie Rußland lehrt, das Dasein des Arbeiters noch nicht freier und erträglicher gestaltet, das kann nur eine Evolution durch den Willen zu friedlicher Tat.

J. W.

Maßnahmen zur Besserung der Finanzlage

Der amtliche Bericht über die gestrige Kabinettssitzung

Berlin, 23. September.

Ueber die gestrige Sitzung des Reichskabinetts, die sich, wie bereits gemeldet, vorzugsweise mit der Finanzlage des Reiches beschäftigte, und in der der Reichsfinanzminister Dr. Wirth sein Finanzprogramm entwickelte, wird amtlich mitgeteilt:

Die Besoldungsfrage, in der die Schwierigkeiten der Finanzlage in der letzten Zeit besonders deutlich zum Ausdruck kamen, bildete nur einen — politisch und materiell allerdings wichtigen — Teil der Beratungen. Ueber die Grundlagen der zu verfolgenden Finanzpolitik ergab sich eine einheitliche Auffassung des Kabinetts. Zur Aufrechterhaltung des von dem Reichsfinanzminister eingereichten Rücktrittsgesuchs lag keine Veranlassung mehr vor.

Der Reichsfinanzminister leitete die Beratung mit einer eingehenden Darlegung der Reichsfinanzlage. (Seine Ausführungen haben wir bereits im heutigen Morgenblatt wiedergegeben. Die Schriftleitung.) Im Anschluß an diese Ausführungen erörterte das Kabinett zunächst den Referentenvorschlag für die Besoldungsordnung. Die Beratungen führten zu dem Beschluß, daß der Referentenvorschlag mit Vorbehalt kleiner Abänderungen zur Grundlage des Gesetzentwurfes gemacht werden soll. Ueber die Notwendigkeit des Erlasses eines Sperrgesetzes, durch das eine einheitliche Regelung der Beamtenbesoldung im Reich und in den Ländern gesichert werden soll, herrschte Einstimmigkeit; die Vorlage wird dem Reichsrat und dem Reichstag alsbald zugehen.

Der Reichsfinanzminister entwickelte darauf in programmatischen Ausführungen eine Reihe von Forderungen, die er zum Zweck der Gesundung der Reichsfinanzen als unumgänglich bezeichnete. Hierbei wurde als einmütiger Wille des Kabinetts festgestellt, daß die von der Nationalversammlung verabschiedeten Steuergesetze unbedingt durchgeführt werden.

Keinerlei Abschwächung der Steuergesetze

ist beabsichtigt, insbesondere gilt dies von dem Reichsnotopfer. Ein Gesetzentwurf, der auf der Grundlage des Reichsnotopfers einen erheblichen Teil seines Ergebnisses alsbald dem Reich zuführen soll, wird mit Beschleunigung eingebracht werden. Das Reichsfinanzministerium wird dem Reichstag sofort nach seinem Zusammentritt Nachweise über den gegenwärtigen Stand der Steuerveranlagung und Erhebung geben.

Die weiteren Erörterungen über die programmatischen Darlegungen des Reichsfinanzministers führten in voller Einmütigkeit zu dem Beschluß, die Stellung des Reichsfinanzministers im Reichskabinett zu stärken und seinen Einfluß auf die Finanzgebarung des Reiches zu erweitern. Dieser Beschluß wurde wesentlich mit Rücksicht darauf gefaßt, daß eine unbedingte Notwendigkeit besteht, zur Vermeidung des Zusammenbruchs unserer Finanzen, einen Stillstand und womöglich einen Abbau in den Reichsausgaben herbeizuführen und alle Mittel zu ergreifen, um der weiteren Geldentwertung zu begegnen.

Ueber folgende Grundsätze wurde ebenfalls Einstimmigkeit herbeigeführt: in den ordentlichen Etat 1921 sollen grundsätzlich keine neuen Ausgaben eingestellt werden. Eine systematische Einschränkung der bisherigen Ausgaben ohne Unterbindung des Ausbaues von werdenden Anlagen soll in allen Etats durchgeführt werden.

Neue Beamtenstellen sollen nicht geschaffen werden.

Weiter wurde beschlossen: größte Sparsamkeit auf persönlichem und sachlichem Gebiete bei schärfster Nachprüfung aller Ansätze auf Kürzung durch das Reichsfinanzministerium. Fortschreitender Abbau der bisher genehmigten Stellen. Erneute Nachprüfung des Bedarfs in den einzelnen Ressorts unter Entsendung besonderer Kommissare oder sachverständiger Beauftragter des Finanzministeriums. Scharfer und beschleunigter Abbau der bestehenden Kriegsorganisationen, insbesondere der Kriegsgesellschaften und Kriegsstellen, unter Mitwirkung und Mitkontrolle des Reichsfinanzministeriums. Schleunige Abwicklung des Kriegsfonds und Abbau der noch bestehenden Stellen des alten Heeres. Das Reichsfinanzministerium wird darüber bei Zusammentritt des Reichstages sofort eine Denkschrift vorlegen. Zusammenlegung aller Organisationen, die gleichen Zwecken dienen; ein besonderer Kommissar vom Reichsfinanzministerium wird alsbald die Zusammenlegungsarbeit einleiten.

Das Reichskabinett ist der Auffassung, daß die Beseitigung des Fehlbetrages von 16 Milliarden bei der Eisenbahn und 2 Milliarden bei der Post mit allen Kräften angestrebt werden muß. Ueber die notwendigen und bereits in Angriff genommenen Maßnahmen machte der Reichsverkehrsminister eingehende Mitteilungen. Schließlich trat das Kabinett in eine

Erörterung der Sozialisierungsfragen.

ein und beschloß einstimmig, den Reichswirtschaftsminister zu beauftragen, auf der nun vorliegenden Grundlage des Berichts der Sozialisierungskommission umgehend den Entwurf eines Gesetzes über die Sozialisierung des Bergbaues vorzulegen.

Die Ueberprüfung der Ernährungspolitik des Reiches im Zusammenhang mit der finanziellen Lage und die Weiterbehandlung der Wirtschaftsfragen erfolgt im Wirtschaftsausschuß des Reichskabinetts, der Freitag die programmatischen Beratungen fortsetzen wird.

Die oberschlesische Frage hat das Reichskabinett heute nicht beschäftigt. Angaben eines Mittagsblattes, die von einem neuen, vom Reichsminister Dr. Simons ausgearbeiteten Plan für Oberschlesien wissen wollten, sind völlig unzutreffend.

Finanzministerkonferenz in Berlin

(Eigener Drahtbericht.)

München, 23. September.

Die Finanzminister der Einzelstaaten sind, wie der „Bayr. Kurier" erfährt, zum 29. September nach Berlin zu einer Besprechung ins Reichsfinanzministerium geladen. Zur Beratung stehen in erster Linie Besoldungsfragen, aber auch die anderen wichtigen Finanzfragen.

Der „Vorwärts" dementiert

Zu der aus der „B. Z. a. M." stammenden Mitteilung, daß die Frage der Erweiterung der Regierungsbasis bis zum Frühjahr vertagt worden sei, schreibt der „Vorwärts":

Zu diesem Gerede ist kurz zu bemerken, daß daran kein wahres Wort ist. Weder der Parteivorstand noch der Fraktionsvorstand haben irgendwelche offizielle oder nichtoffizielle Verhandlungen geführt. Weder der Parteivorstand noch der Fraktionsvorstand haben von einem Frühjahrstermin gesprochen oder Neuwahlen gefordert oder auf sie verzichtet oder der Regierung „wohlwollende Neutralität" erklärt. Richtig ist nur, daß die Partei keine Ursache sieht, ihre gegenwärtige Taktik zu ändern, die darin besteht, die Führung der Reichsgeschäfte bis auf weiteres den bürgerlichen Parteien zu überlassen, die Tatsachen sprechen, die Dinge entwickeln zu lassen. Ob dieser Reifeprozeß „bis zum nächsten Frühjahr" dauern wird, vermag niemand zu sagen.

Der „Vorwärts" knüpft daran einen Wunsch, dem man sich nur anschließen kann, daß nämlich die Oeffentlichkeit von leerem politischen Kulissenklatsch verschont bleiben möge.

Ein wirtschaftspolitischer Kabinettsrat

Berlin, 23. September.

Vor einiger Zeit ist im Reichskabinett, wie bereits früher gemeldet, die Frage erwogen worden, einen Kabinettsausschuß als engeres Kabinett zu bilden. Dabei haben sich begreiflicherweise Schwierigkeiten ergeben, die sowohl auf persönlichem als auch namentlich auf verfassungsrechtlichem Gebiete lagen. Inzwischen ist aber der damals erörterte Grundgedanke doch teilweise realisiert worden. Da es notwendig schien, eine dauernde Fühlung zwischen den Ministerien herzustellen, die an der Wirtschaftspolitik interessiert sind, so hat sich ein wirtschaftspolitischer Kabinettsrat gebildet, dem der Wirtschaftsminister, der Finanzminister, der Schatzminister, der Arbeitsminister und der Ernährungsminister angehören. Dieses Wirtschaftskabinett hat gestern unter Vorsitz des Reichswirtschaftsministers bereits seine erste Sitzung abgehalten.

Die Finanzlage des Reiches

Nachdem die Frage: Wer wird Wirths Nachfolger? vorläufig wieder zurückgestellt ist, hat der Reichsfinanzminister — mit Rücksicht auf die morgen beginnende Finanzkonferenz in Brüssel wohl nicht ohne Absicht — sich erneut über die Finanzlage des Reiches ausgelassen. Man kann wirklich nicht sagen: von Zeit zu Zeit hör ich den Alten gern, denn wir sind es leider schon gewohnt, daß in jeder Rede des Schatzmeisters der deutschen Republik Zahlen genannt werden, die, wenigstens was unsere Verschuldung und den Bedarf des Reiches anlangt, jedesmal um eine stattliche Zahl von Milliarden höher sind als die bisher bekannten. Um nur die zwei wichtigsten Zahlen nochmals hervorzuheben und zu unterstreichen: der Fehlbetrag des Reiches im laufenden Haushaltsjahr wird sich auf 37 Milliarden Mark stellen, und die Gesamtverschuldung beträgt mit Einrechnung der fundierten Schulden über 242 Milliarden Mark. Zu diesem Betrage kommen noch 16 Milliarden Mark, die von den Ländern bereits verausgabt und vom Reich zurückzuerstatten sind, und von 25 Milliarden Mark Schulden der Länder, die das Reich infolge der Vereinheitlichung des Eisenbahnwesens übernommen hat. Weiter kommen noch hinzu die Anforderungen, die aus der Besoldungsreform entstehen werden. Das Bild, das aus diesen Zahlen für uns alle entsteht, ist vollkommen verzweifelt. Wie wir in bessere Verhältnisse kommen wollen, ist einfach nicht abzusehen; der Finanzminister enthält sich jeglicher Aeußerung hierüber, vielleicht um die Absichten der deutschen Delegierten in Brüssel nicht von vornherein zu offenbaren. Es würde dies nur der Haltung entsprechen, die auch Frankreich, wenn man einer Meldung des „Echo de Paris" trauen darf, befolgen will, nämlich in passiver Haltung abzuwarten und nicht vorzeitig Ziffern oder Maßregeln zu nennen, die die Position seiner Abgeordneten untergraben könnte. Wir werden morgen noch einmal ausführlich auf diese Verhältnisse eingehen.

Dr. Fl.

Millerands Wahl gesichert

(Eigener Drahtbericht.)

Paris, 23. September.

Etwa 70 radikale und radikal-sozialistische Senatoren und Abgeordnete haben einen Antrag angenommen, in dem gesagt wird, daß sie den Präsidenten der Republik nur unparteiisch wünschen und daß sie gegen die neue politische Auffassung Stellung nehmen, die dahin geht, im Elysee eine persönliche Politik zu führen und daß sie daher bei der ersten Abstimmung ihre Stimme nur für den Vorsitzenden der Kammer oder des Senats abgeben werden.

Genf, 23. September.

Bei der gestrigen ersten Abstimmung der sämtlichen Fraktionen der Deputiertenkammer und des Senats hat Millerand 328 Stimmen erhalten, also die Mehrheit der Nationalversammlung. Diese Ziffer bleibt um nahezu 200 Stimmen hinter der Stimmenzahl zurück, die Deschanel im Januar erhalten hat; aber die Linke hat keinen Block bilden können und Millerand wird daher morgen der einzige Kandidat sein. Léon Bourgeois hat bereits in einem Briefe kategorisch erklärt, daß er für die Präsidentschaftskandidatur nicht mehr in Frage komme.